

### Wohnen und soziale Ungleichheit

Tschetwernina, Irina

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Tschetwernina, I. (2006). Wohnen und soziale Ungleichheit. *Russland-Analysen*, 111, 11-13. <https://doi.org/10.31205/RA.111.02>

**Nutzungsbedingungen:**

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

**Terms of use:**

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

## Analyse

### Wohnen und soziale Ungleichheit

Von Tatjana Tschetwernina, Moskau

#### Villen und Plattenbauten

Zu Beginn der Reformära ließen sich Russlands neue Reiche am Rand der Großstädte ihre ersten Einfamilienhäuser bauen. Mit architektonischen Zitate aus dem nationalrussischen Stil der ausgehenden Zarenzeit versehen, hoben sich die kleinen Burgen deutlich von den verfallenden Zweckbauten der späten Sowjetunion ab. Für deren Bewohner waren die massiv gebauten Häuser am Stadtrand Symbole illegitimen Reichtums. In den Augen vieler Russländer machten die „cottages“ der Begüterten auf geradezu skandalöse Weise sichtbar, dass verschiedene Gesellschaftsschichten unterschiedlich wohnen. Diese Demonstration sozialer Ungleichheit im Hinblick auf ein Grundbedürfnis stand im Widerspruch zu den egalitären Idealen der Sowjetzeit, denen viele noch verhaftet waren.

Dabei hatte sich trotz dieser Ideale soziale Ungleichheit auch schon zu sowjetischen Zeiten im Wohnen manifestiert. In den dreißiger Jahren bezog die Elite der Stalinära geräumige Luxuswohnungen, die auf ihr diskretes Bedürfnis nach Bürgerlichkeit zugeschnitten waren. Währenddessen drängten sich Bauern, die von der Zwangskollektivierung auf dem Land in die Städte getrieben worden waren, zu zwei, drei oder vier Familien in einer Wohnung. Die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg machten die Wohnungsnot noch drückender. Dass sie in den folgenden Jahrzehnten wesentlich gemildert wurde, hatte politische Gründe. Nikita Chruschtschow verstand, dass der Verzicht auf massenhafte Repression im Stil Stalins neue Strategien der Systemstabilisierung erforderlich machte. Die Unterstützung der Bevölkerung war zu gewinnen. Dafür waren bessere Wohnbedingungen unbedingte Voraussetzung. 1955 initiierte Chruschtschow ein gigantisches Wohnungsbauprogramm. Bis zum Ende der 1980er Jahre entstanden siebzig Millionen Wohnungen. Die baulichen Mängel der in rasantem Tempo hochgezogenen Häuser handelten ihnen den Spitznamen „Chruschtschoby“ (analog zu „truschtschoby“, „Elendsbehausungen“) ein. Dennoch: die Wohnsituation großer Teile der Bevölkerung war in den letzten Jahren der Sowjetunion unvergleichlich besser als bei Stalins Tod.

#### Privilegien für Bedürftige?

Die Nutzer von Wohnungen waren nicht gleichgestellt. Dafür sorgten Vergünstigungen, die bestimmten Kategorien der Bevölkerung zugute kamen und anderen vorenthalten blieben, wie etwa Preisnachlässe für kommunale Dienstleistungen (l'goty). Diese Vergünstigungen, die nicht nach Bedürftigkeit, sondern nach der Zugehörigkeit zu einer sozialen oder einer Berufsgruppe zuerkannt werden, existieren bis

heute. Sie werden von einem Drittel der Bevölkerung in Anspruch genommen. Preisnachlässe bei den für die Nutzung von Wohnraum zu entrichtenden Zahlungen und Wohngeld entfielen im Jahr 2002 anteilig auf folgende Gruppen:

- 24,3 Prozent: Behinderte (Kriegsinvaliden des Zweiten Weltkriegs und ihnen gleichgestellte Personen eingeschlossen)
- 46,5 Prozent: Veteranen, davon 42,4 Prozent Veteranen der Arbeit
- 10,2 Prozent: Militärangehörige und ihre Familien
- 4,6 Prozent: kinderreiche Familien
- 3,6 Prozent: hoch qualifizierte Kräfte auf dem Land
- 10,8 Prozent: andere.

Zweifellos gibt es in diesen Kategorien zahllose bedürftige Personen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass im zitierten Stichjahr staatliche finanzielle Unterstützung für Nutzer von Wohnungen in erheblichem Ausmaß nach mehr oder weniger formalen Kriterien vergeben wurde. Das Nachsehen haben dabei diejenigen, deren tatsächlich schlechte materielle Situation eigentlich staatliche Hilfe erforderlich machen würde, die aber keiner entsprechenden Gruppe angehören.

Ausschlaggebend dafür, ob ein Bürger in den Genuss staatlicher Wohnsubventionen kommt, ist nicht nur die Zugehörigkeit zu einer jener Bevölkerungsgruppen, die der sowjetische Staat – häufig aus politischen Gründen – förderte: Man muss zudem auch in der richtigen Gegend Russlands ansässig sein. Denn die staatlichen Unterstützungsgelder fließen nicht gleichmäßig überallhin. Lange Zeit erhielten Regionen übergreifend Stadtbewohner mehr finanzielle Wohnförderung als Menschen auf dem Land. Erst seit 2001 ändert sich dies allmählich.

## Wohnen und Kostenbelastung

Wie wirkt sich die Wohnreform auf die Situation der finanziell besonders schlecht gestellten Russen aus? Generell fallen Wohnkosten in der Haushaltskasse gering Verdienender stärker ins Gewicht als im Budget von Personen mit höherem Einkommen. Seit Beginn des Übergangs zur Marktwirtschaft sind die Einkommensunterschiede in Russland stetig gewachsen. Dementsprechend sind nunmehr die Unterschiede in der Belastung der Haushalte durch Wohnkosten immens. (Vgl. Abbildung auf Seite 13: Anteil der Ausgaben für Wohnen und damit verbundene Dienstleistungen an den Ausgaben für Dienstleistungen).

In welchem Maße die Nutzer einer Wohnung in Russland die Auswirkungen der Reformen spüren, ist also von ihrem Einkommen abhängig. Das wiederum bedeutet, dass die Mehrheit der Russländer in ihrer privaten Wirtschaftsplanung von jeder Verteuerung des Wohnens stark betroffen ist. Denn die finanzielle Lage der weitaus meisten Haushalte ist prekär. Das Einkommensniveau hat insgesamt das Niveau der Zeit vor dem Übergang zur Marktwirtschaft noch nicht wieder erreicht, auch wenn nach der schweren Wirtschaftskrise von 1998 eine starke Wachstumsdynamik zu beobachten war (Tabelle auf Seite 14: Entwicklung der Realeinkommen zwischen 1992 und 2002 (jeweils in % des Vorjahres)). Anfang der 2000er Jahre stieg zudem der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung. Die Regierung verbuchte beides als großen Erfolg und sprach von der Verdreifachung der Einkommen in den Jahren 1999 bis 2002. Bei dieser optimistischen Einschätzung wurden jedoch Nominal- und Realeinkommen verwechselt. Real sanken die Einkommen zwischen 1999 und 2002 um fast drei Prozent, die Löhne und Gehälter um gut vier Prozent und die Renten sogar um über neun Prozent. Die in Wirklichkeit negative Entwicklung der Einkünfte wurde von der Bevölkerung sehr deutlich wahrgenommen: 2002 bezeichneten 40 Prozent der Russländer die eigene wirtschaftliche Lage als „schlecht“, bis „sehr schlecht“.

Seit der Einführung der Marktwirtschaft hat sich die Struktur der Einkommen in Russlands Haushalten verändert. Machte 1991 Lohn oder Gehalt noch mehr als siebzig Prozent des persönlichen Einkommens aus, so waren es in den Jahren 2000 bis 2003 nur noch rund 66 Prozent. Etwa ein Drittel des durchschnittlichen Einkommens wird aus unternehmerischer Tätigkeit und aus der Kommerzialisierung von Eigentum geschöpft. An diesen Formen wirtschaftlicher Tätigkeit ist allerdings bei weitem nicht die gesamte Bevölkerung beteiligt. Viele Russländer sind weder Unternehmer,

noch verfügen sie über kapitalisierbares Eigentum. Sie alle gehören im Grunde bereits zu der großen Gruppe der Menschen in prekärer wirtschaftlicher Lage.

## Risikogruppen

Nach objektiven Kriterien – einem Einkommen unter dem Existenzminimum oder auf dessen Niveau – und subjektiven Gesichtspunkten – der negativen Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation – kristallisieren sich im heutigen Russland Risikogruppen heraus, die ständig von Armut bedroht sind. Dazu gehören allein stehende Rentner (sowohl nicht erwerbstätige als auch erwerbstätige), allein erziehende Mütter und Väter, kinderreiche Familien und Familien mit Behinderten. Ein beträchtlicher Teil der zu diesen Gruppen gehörenden Personen sieht die eigene wirtschaftliche Situation äußerst pessimistisch (Vgl. Abbildung auf Seite 14: Die finanzielle Lage meiner Familie ist ...)

Die reale materielle Lage dieser Gruppen entspricht dieser pessimistischen Selbsteinschätzung: Das Budget von Personen mit geringem Einkommen, die erwerbsunfähige Familienmitglieder zu versorgen haben, lässt oft nicht einmal die Befriedigung elementarer Bedürfnisse zu. Dabei sind die Engpässe von Gruppe zu Gruppe verschieden. Allein stehende und nicht erwerbstätige Rentner oder Familien mit Behinderten klagen vor allem über mangelnde Mittel für die Anschaffung von Kleidung und Medikamenten. Kinderreiche Familien haben in erster Linie Probleme beim Kauf von Lebensmitteln (Vgl. Abbildung auf Seite 14: Verteilung der Haushalte in prekärer sozialer Lage nach durchschnittlichem Einkommen pro Haushaltsangehörigem)

Wohnen gilt in den finanzschwachen Haushalten bislang noch nicht als der problematischste Posten im Budget. Mindestens doppelt so häufig wie über mangelnde Mittel für die Bezahlung von Wohnraum und dazugehörigen Dienstleistungen klagen die Angehörigen der Risikogruppen über zu wenig Geld für den Kauf von Kleidung und Medikamenten. Dass das Wohnen den von Armut bedrohten Gruppen noch als relativ erschwinglich erscheint, ist wohl unter anderem damit zu erklären, dass die Zahlungen für Wohnraum und Dienstleistungen am Ersten des Monats zu entrichten sind und so am Monatsende, wenn in den betreffenden Haushalten das Geld knapp wird, nicht mehr ins Gewicht fallen. Überdies wird die pünktliche Bezahlung der Wohnkosten mittlerweile mit harten Sanktionen bis hin zur Aussiedlung aus der Wohnung durchgesetzt. Und schließlich gehören Preisnachlässe bei den Zahlungen für Wohnraum und dazugehörige Dienstleistungen zu den am häufigsten

gewährten Sozialleistungen überhaupt.

Dennoch hält mindestens ein Drittel der zu diesen Risikogruppen zählenden Personen selbst das Wohnen für unbezahlbar. Fast 38 Prozent der kinderreichen Familien und 22 Prozent der Familien mit Behinderten verwenden mehr als ein Fünftel ihres Budgets aufs Wohnen; knapp sieben Prozent der Haushalte mit Behinderten geben sogar über ein Drittel ihres Geldes für ihre Wohnung und die dazugehörigen Dienstleistungen aus. Sicher: einem Teil der Haushalte steht mehr Wohnraum zur Verfügung, als der russländische Standard vorsieht. Dies betrifft allerdings eher allein stehende Rentner. Wenn demnächst für die über die offizielle Wohnraumnorm hinausgehende Fläche hohe Preise bezahlt werden müssen, wird sich die finanzielle Situation dieser Menschen erheblich verschlechtern. Kinderreiche Familien und Familien mit Behinderten verwenden bereits jetzt einen unzumutbar hohen Anteil ihrer Einkünfte aufs Wohnen, ohne dass ihnen dafür überdurchschnitt-

lich viel Platz oder wirklich qualitativ annehmbarer Wohnraum zur Verfügung stünde. Eine weitere Verteuerung des Wohnens, welche die im Rahmen der Reform vorgesehene Übernahme der gesamten Wohnkosten durch die Nutzer der Wohnungen vorsieht, würde Wohnung und Dienstleistungen für diese Gruppen unter den jetzigen Bedingungen vollends unerschwinglich machen.

Dementsprechend ist über die Wohnreform auch niemand glücklich – sofern überhaupt bekannt ist, dass in Russland seit den neunziger Jahren eine solche Reform durchgeführt wird. Nur knapp ein Viertel der Bevölkerung zeigte sich bei der für diese Studie durchgeführten Befragung darüber informiert. Explizit auf die Reform angesprochen, äußerten sich die Befragten hinsichtlich ihrer voraussichtlichen Folgen pessimistisch: 82 Prozent glauben, dass Russlands Bevölkerung insgesamt durch die Wohnreform mehr verlieren als gewinnen werde.

#### Lesetipps

Der vorliegende Text und die folgenden Tabellen sind entnommen aus:

- Alltag und Krise: Wohnen im neuen Russland. Ein analytischer Bericht von Tatjana Tschetwernina im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Russischen Föderation gemeinsam mit dem Zentrum für Arbeitsmarktforschungen, Russische Akademie der Wissenschaften. In einer Bearbeitung von Angela Rustemeyer, Moskau, 2005
- L. Skyner: Rehousing and Refinancing Russia: Creating Access to Affordable Mortgaging, in: Europe-Asia Studies, 57.2005, Nr. 4, S. 561–581.
- A. Alexandrova: Housing and Public Services in a Medium-Sized Russian City. Case Study of Tomsk, in: Eurasian Geography and Economics, 45.2004, Nr. 2, S. 114–133.

## Tabellen und Grafiken zum Text

### Wohnen als Kostenfaktor

Anteil der Ausgaben für Wohnen und damit verbundene Dienstleistungen an den Ausgaben für Dienstleistungen 2002

